



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 14. April 2010

Aus Berlin

CDU/CSU-Fraktion schlägt verkürztes Medizinstudium vor

Die Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU wollen im Kampf gegen den Ärztemangel das bisher sechsjährige Medizinstudium auf ein dreijähriges Bachelorstudium reduzieren. Die Weiterbildung zum Facharzt soll in einem Masterstudiengang absolviert werden. Der Hartmannbund (HB) kritisierte das Vorhaben als Kurzschlussreaktion in der Debatte. „Die unterbreiteten Vorschläge sind unausgegoren und werfen mehr Fragen auf, als dass sie Antworten geben“, kommentierte der HB-Vorsitzende Prof. Kuno Winn. „Würden diese Vorschläge Realität, würde sich Deutschland von der hohen Qualität der ärztlichen Aus- und Weiterbildung endgültig verabschieden. Kein in Deutschland ausgebildeter Arzt könnte mehr die international anerkannten Voraussetzungen und Standards in der Medizin erfüllen“, betonte Winn. (Agenturmeldung, 13. April; [Pressemitteilung des HB, 13. April](#))

Ministerien dementieren Bericht über Erhöhung der Krankenkassenbeiträge

Dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zufolge erwägt die Bundesregierung noch in diesem Jahr, den Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung zu erhöhen. Das haben das Gesundheits- und das Innenministerium umgehend zurückgewiesen: „Spekulationen über Beitragssatzerhöhungen sind völlig aus der Luft gegriffen“, erklärte ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums. Für das laufende Jahr habe die Bundesregierung mit einem erhöhten Steuerzuschuss von insgesamt 15,7 Milliarden Euro dafür gesorgt, die Beiträge zu stabilisieren. Nach Informationen des „Spiegels“ brachte Bundesinnenminister Thomas de Maiziére (CDU) die Möglichkeit einer Erhöhung in der von der Bundesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe zur Gesundheitsreform ins Spiel. Das dementierte dieser. Aber auch die Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, kritisierte, dass in der Kommission Beitragserhöhungen in Betracht gezogen würden. Angeblich sei keine Kopfpauschale geplant. „Dabei sind die Zusatzbeiträge der Krankenkassen eine Einstiegs-Kopfpauschale. Der versprochene steuerliche Ausgleich ist angesichts des Schuldenberges reine Augenwischerei“, mahnte die Grünen-Fraktionschefin. (Agenturmeldung, 11. April)

Aus KBV und KVen

Köhler: Kassenärztliche Vereinigungen tun alles dafür, um Ärztemangel zu stoppen

Als ein „an Verschwörungstheorien erinnerndes Pamphlet, das sachlich auch noch falsch ist“, hat KBV-Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler einen kürzlich veröffentlichten Beitrag des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ („Lücken im System“, Ausgabe 15/2010) kritisiert. Darin wurde den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) vorgeworfen, sie allein seien dafür verantwortlich, dass es in manchen Regionen Deutschlands nicht genügend Hausärzte gibt. Dem widersprach Köhler ausdrücklich. So würden die KVen alles dafür tun, um Mediziner zu einer Niederlassung in ländlichen Regionen zu bewegen. Als beispielhafte Maßnahmen nannte Köhler Umsatzgarantien und Investitionshilfen für Praxen, die Förderung der Allgemeinmedizin sowie das Engagement der KBV für das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz, welches seit 2007 Teilzeit-Arbeitsmöglichkeiten

für Ärzte vorsieht. Allerdings bräuchten Ärzte und Psychotherapeuten auch stabile Rahmenbedingungen, betonte Köhler, und sagte: „Elf Gesundheitsreformen seit 1989 haben zu einer ausufernden Bürokratie und staatlichen Kontrollitis geführt. Hinzu kommt die drohende Haftung mit dem Privatvermögen im Falle von Regressen bei Arznei- oder Heilmitteln. Das ist den Medizinstudenten bekannt. Dieses Rad muss zurückgedreht werden.“ Für Köhler handelt es sich dabei um „eine gesellschaftliche Aufgabe“. So seien auch Kommunen und Städte aufgefordert, Standortmarketing zu betreiben. Denn „die Praxis eines niedergelassenen Arztes oder Psychotherapeuten ist ein mittelständisches Unternehmen, das Standortfaktoren vergleicht“, so der KBV-Chef.

Darüber hinaus hatte der „Spiegel“ den Fachärzten vorgeworfen, ihre angebliche Dominanz in der Selbstverwaltung zu missbrauchen, um zulasten der Hausärzte höhere Honorare zu erwirtschaften. Dazu Köhler: „Das ist nachweislich Unsinn. In allen KVen sind beide Seiten in den Vorständen gleichberechtigt vertreten. Sie entscheiden zudem gemeinsam.“ ([KBV-Pressemitteilung, 12. April](#))

Ärztemangel-Debatte: KBV-Chef betont Unverzichtbarkeit von niedergelassenen Fachärzten

Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, hat das Konzept der Bedarfsplanung kritisiert, welches der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorgelegt hat. Medienberichten zufolge fordert der GKV-Spitzenverband in dem Positionspapier, Fachärzten die Eröffnung eigener Praxen zu erschweren und die fachärztliche Versorgung stattdessen gebündelt in entsprechenden Zentren oder Krankenhäusern anzubieten. Köhler sagte: „Natürlich sind gerade in unterversorgten Gebieten Kooperationen mit Krankenhäusern denkbar und auch von uns gewünscht. Dies geht aber nur im Zusammenwirken von Krankenhäusern und niedergelassenen Haus- und Fachärzten sowie Psychotherapeuten. Kontraproduktiv und zerstörend ist es dagegen, die Niederlassung von Fachärzten erschweren zu wollen. Es bedarf weiterhin auch einer ambulanten fachärztlichen Versorgung.“ Köhler forderte den Spitzenverband zum Dialog auf, um einen gemeinsamen Weg für die Sicherung der ambulanten flächendeckenden, wohnortnahen Rund-um-die-Uhr-Versorgung zu erarbeiten. ([KBV-Pressemitteilung, 14. April](#))

Tag der Niedergelassenen: Köhler erklärt das Ziel der Veranstaltung

Wie gut die ambulanten Versorgungsstrukturen funktionieren, will die KBV auf dem Hauptstadtkongress in Berlin zeigen und präsentiert sich deshalb mit dem Tag der Niedergelassenen am 7. Mai. Was den niedergelassenen Arzt und Psychotherapeuten dort erwartet, erklärt Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, in dem wöchentlichen Video-Podcast der KBV, der Frage der Woche. Niedergelassene haben während der Veranstaltung Gelegenheit, mit ihrer Kassenärztlichen Vereinigung (KV) in einen Dialog zu treten und erhalten einen Einblick in das berufspolitische Umfeld. Aktuelle Projekte der KVen und politische Diskussionen gehören zu den vielfältigen und zahlreichen Programmpunkten, die die KBV für ihre Besucher bereithält. ([KBV-Video-Podcast zur Frage der Woche](#))

Diagnose Kontrollitis? Kassenbürokratie auf dem Prüfstand

Zum rhetorischen Schlagabtausch treten am 6. Mai Dr. Thomas Kriedel, Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe, und Frank Neumann, Vorstandsvorsitzender der Krankenkasse BIG direkt gesund, gegeneinander an. Im Speaker's Corner auf dem Info-Markt der KVen werden sie die Frage diskutieren, wie viel Bürokratie Ärzten abverlangt werden kann. Thomas Grünert, Chefredakteur des Vincentz Network Berlin, wird die Runde moderieren.

Auf dem Info-Markt präsentieren die KVen während des Hauptstadtkongresses Medizin und Gesundheit (5. bis 7. Mai) ihr Serviceangebot.

Das Rededuell im Speaker's Corner findet am 6. Mai um 13 Uhr im Berliner ICC, Stand H05, statt. ([Tag der Niedergelassenen, 9. April](#))

KV Bayerns und Signal IKK loben erstmals Bayerischen Gesundheitspreis aus

Innovativen und kreativen Projekten, die zu einer qualitativ hochwertigen ambulanten ärztlichen Versorgung in Bayern beitragen, winkt erstmals eine Auszeichnung mit dem Bayerischen Gesundheitspreis. Er ist eine Idee der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns und der Signal

Iduna IKK, ist mit 12.000 Euro dotiert und wird im Herbst in den drei Kategorien „Versorgungslücke Land“, „Vorsorgen statt Versorgen“ und „Patient als Partner“ verliehen.

„Für die Entscheidung der Jury sind neben der Optimierung der ärztlichen Qualität insbesondere der Innovationsgrad, die Praxistauglichkeit, die gesellschaftliche Relevanz sowie die angemessene Relation von Aufwand und Nutzen des Projekts ausschlaggebend“, erklärte Dr. Axel Munte, Vorstandsvorsitzender der KV Bayerns. Bis zum 30. Juni können sich interessierte Ärzte und Psychotherapeuten der KV Bayerns bewerben. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 12. April](#))

Studie: Sozial Schwächere nehmen Darmkrebs-Früherkennung weniger wahr

Im Nordosten Bayerns erkranken jedes Jahr mehr Menschen an Darmkrebs als in den anderen Regionen des Freistaates. Der Grund hierfür ist eine geringere Teilnahme der Menschen an entsprechenden Vorsorgeuntersuchungen. Insbesondere sozial schwächere Menschen nehmen die Präventionsangebote zu selten wahr. So gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Darmkrebs und sozialen Indikatoren wie einem niedrigen Einkommen oder einer hohen Arbeitslosigkeit.

Das hat eine Studie zur Darmkrebsprävention des Instituts für Krebsepidemiologie an der Universität Lübeck ergeben, die sie im Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns durchgeführt hat. Deren Vorstandsvorsitzender, Dr. Axel Munte, forderte deshalb, die Prävention von Darmkrebs stärker zu fördern. „Die Menschen müssen bereits in der Erziehung und in der Ausbildung dafür sensibilisiert werden, wie Alkohol, ungesunde Ernährung oder zu wenig Bewegung das Risiko, an Darmkrebs zu erkranken, erhöhen. Außerdem brauchen wir in Bayern ein Pilotprojekt für ein organisiertes Einladungswesen. Dabei würden alle Krankenversicherten, die an der Darmkrebsvorsorge teilnehmen können, eine personalisierte Einladung zu einer Präventionsmaßnahme erhalten“, so Munte. Denn dass eine gezielte Ansprache der Menschen deren Teilnahme an der Früherkennung erhöhen kann, zeige das Beispiel der Brustkrebsfrüherkennung, so der KV-Chef. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 14. April](#))

Aus den Verbänden

Ärztemangel: DGK fordert mehr sektorübergreifende Kooperationen

In der Debatte um den Ärztemangel und die Bedarfsplanung hat der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Georg Baum, sich für stärkere Kooperationen zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten ausgesprochen: „Die Zeit ist reif, dass die kleinteilige Zuständigkeitsbegrenzung zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten und die starre Bedarfsplanung für die Praxen aufgebrochen wird. Die Krankenhäuser sind bereit, viel stärker als bisher mit den niedergelassenen Ärzten zusammenzuarbeiten.“ Unter anderem sei es hierfür notwendig, neue Wege zu finden, die Belegärzte besser in den Kliniken einzubinden. Baum mahnte darüber hinaus, die Bedarfsplanung für die niedergelassenen Ärzte am tatsächlichen Versorgungsbedarf der Bevölkerung auszurichten. Bei der Frage der Öffnung der Krankenhäuser für spezialärztliche ambulante Behandlungen forderte er schnellstmögliche Klarheit. „Mit deren Genehmigung würden die ambulanten Versorgungsmöglichkeiten vieler tausender Patienten auf höchstem Qualitätsniveau deutlich erweitert werden“, erläuterte Baum. ([Pressemitteilung der DKG, 8. April](#))

Erste Krankenkassen von Insolvenz bedroht

Die BKK City und die BKK Heilberufe haben beim Bundesversicherungsamt (BVA) eine mögliche Insolvenz oder Überschuldung angemeldet. Zusammen sind etwa 400.000 Mitglieder bei ihnen versichert. Eine Insolvenz hat laut der Kassen aber keine Folgen für die Behandlung der Versicherten oder die Bezahlung von Leistungen. Die Kassen sind seit Jahresbeginn gesetzlich dazu verpflichtet ihrer Aufsichtsbehörde zu melden, wenn sie zahlungsunfähig werden, davon bedroht sind oder eine Überschuldung eintritt. Ein Insolvenzantrag müsse derzeit allerdings noch nicht gestellt werden, hieß es vom BVA. Die beiden betroffenen Krankenkassen verlangen Zusatzbeiträge. Der BKK Heilberufe sind nach eigenen Angaben seit Einführung der

Zusatzbeiträge knapp ein Drittel ihrer Mitglieder abgesprungen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. April)

Widersprüchliche Studien zur Wirksamkeit von Mammografie-Screenings

Wie wirksam sind Mammografie-Screening-Programme tatsächlich? Auf diese Frage geben zwei kürzlich veröffentlichte Studien unterschiedliche Antworten. So bezweifeln dänische Wissenschaftler in ihrem Gutachten, dass die Sterberate von an Brustkrebs erkrankten Frauen, die an der Früherkennungsuntersuchung teilgenommen haben, stärker sinkt als jene von Frauen ohne ein Mammografie-Screening. Die Wissenschaftler aus Dänemark argumentieren, dass von 1997 bis 2006 die Brustkrebs-Sterberate in Regionen mit Mammografie-Screenings nicht niedriger gewesen sei als in Gegenden ohne Screenings. Im Gegensatz dazu betonen die Autoren einer anderen Studie den Nutzen von Mammografie-Screening-Programmen ausdrücklich.

„Die Ergebnisse sind ein wichtiger Baustein in der wissenschaftlichen Diskussion zu den Vor- und Nachteilen des Mammografie-Screenings, die wir in Deutschland sorgfältig auswerten werden“, kommentierte Dr. Wolfgang Aubke, Vorsitzender des Beirates der Kooperationsgemeinschaft Mammografie, die Studien. ([Pressemitteilung der Kooperationsgemeinschaft Mammografie, 9. April](#); [Ärzte Zeitung online, 10. April](#))

Aus der Welt

EU-Gerichtshof erlaubt Quoten für ausländische Studierende

Angesichts eines Ärztemangels im eigenen Land dürfen europäische Universitäten die Zahl ausländischer Medizinstudierender künftig beschränken. Das hat der Europäische Gerichtshof entschieden. Zulässig sei eine solche Grenze aber nur dann, wenn ein Land nachweisen kann, dass es zusätzliche Ärzte für das eigene Gesundheitssystem braucht und andere Maßnahmen nicht ausreichen. Ausländische Medizinstudierende gehen nach dem Studium oft in ihr Land zurück, um dort als Arzt zu arbeiten. Die EU habe aber das Interesse an einer flächendeckenden Versorgung und an einem funktionierenden Gesundheitssystem. Dies steht laut EU-Gerichtshof vor dem Interesse eines Studenten. (Agenturmeldung, 13. April)

EU-Bürger wissen wenig über Anwendung von Antibiotika

Viele EU-Bürger sind nur unzureichend über die richtige Einnahme und die Wirkung von Antibiotika informiert. Das hat eine Eurobarometer-Umfrage ergeben. Danach haben europaweit in den letzten zwölf Monaten 40 Prozent der Befragten Antibiotika eingenommen. Eine übermäßige Einnahme von Antibiotika führt jedoch dazu, dass sich resistente Krankheitserreger bilden, gegen die Antibiotika nicht mehr helfen. Der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, John Dalli, sagte: „Der Missbrauch von Antibiotika untergräbt langfristig ihre Wirksamkeit. Deshalb müssen wir unsere Bürger für die mit falschem Antibiotikaeinsatz verbundenen Risiken sensibilisieren.“ Zudem gaben 23 Prozent der befragten Deutschen an, Antibiotika gegen Erkältungskrankheiten eingenommen zu haben. Diese werden jedoch von Viren verursacht, gegen die Antibiotika nicht helfen. Antibiotika wirken ausschließlich gegen Bakterien. Die Deutschen gehören mit nur 28 Prozent zu den Ländern mit der geringsten Einnahme. Besonders häufig werden Antibiotika in Südeuropa eingenommen. 95 Prozent der Befragten erhielten die Antibiotika von einem Arzt. ([Pressemitteilung der EU-Kommission, 9. April](#))

Außerdem

Wissenschaftler fordert nationales Diabetesregister

Im Kampf gegen den immer häufiger auftretenden Diabetes hat Prof. Peter Schwarz vom Dresdner Universitäts-Klinikum den Aufbau eines nationalen Diabetesregisters gefordert. Die Behandlungsqualität würde steigen, die Kosten sinken. Das zeigten bereits Erfahrungen aus

anderen Ländern. „Die Betroffenen könnten zudem besser informiert, beraten, befragt und über ihre Rechte aufgeklärt werden“, sagte Schwarz auf dem 6. Weltkongress zur Prävention des Diabetes in Dresden. Ein Register kann darüber hinaus helfen, Folgeerkrankungen von Diabetes zu erfassen. Weiterhin forderte der Mediziner ein nationales und europaweites Präventionsprogramm. Diabetes zählt zu den sogenannten Volkskrankheiten. In Deutschland gibt es derzeit rund 8,9 Millionen Diabetiker. Allerdings schätzen Experten die Dunkelziffer auf weitere vier Millionen Menschen, die ihre Krankheit noch nicht bemerkt haben. In zehn Jahren könnte es bereits 14 Millionen Diabetesranke geben, erklärten die Experten auf dem Kongress. (Agenturmeldung, 09. April)

KOMPAKT- Zahl der Woche: -18,5

Die niedergelassenen Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten bewerten ihre derzeitige wirtschaftliche Lage und ihre Erwartungen für die kommenden sechs Monate ungünstig. Das hat der jüngste Medizinklimaindex mit einem Wert von -18,5 ergeben. Allerdings hat sich dieser im Vergleich zum Herbst (-21,7) und Frühjahr 2009 (-36,7) spürbar verbessert. Durchgeführt hat die Untersuchung die Gesellschaft für Gesundheitsmarktanalyse (GGMA) im Auftrag der Stiftung Gesundheit. ([Stiftung Gesundheit, 14. April](#))

Aus dem Terminkalender

- 17.04.10 Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Dortmund, 10 Uhr
- 19.04.10 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)
Berlin, 18–20 Uhr
- 21.04.10 Moderne Investitionsförderung für Arztpraxen
Frankfurt, 15 Uhr
- 21.04.10 Moderne Investitionsförderung für Arztpraxen
Hamburg, 16 Uhr
- 28.04.10 [KBV kontrovers](#)
Berlin, 10 Uhr
- 28.04.10 Moderne Investitionsförderung für Arztpraxen
Marburg, 15 Uhr
- 06.05.10 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 07.05.10 [Tag der Niedergelassenen 2010](#)
Berlin, 9–18 Uhr
- 08.05.10 [16. Deutscher Psychotherapeutentag](#)
Berlin, 9–17.30 Uhr

- 10.05.10 Vertreterversammlung der KBV
Dresden, 10 Uhr
- 11.–14.05.10 [113. Deutscher Ärztetag](#)
Dresden
- 19.05.10 Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken, 16 Uhr
- 26.05.10 Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt
Magdeburg, 15.30 Uhr
- 29.05.10 Vertreterversammlung der KV Hessen
Frankfurt, 10 Uhr

Aus der Presse

Müller: Ohne KV-System gibt es erhebliche Nachteile

Um dem sich abzeichnenden Ärztemangel aufzuhalten, ist ein die Versorgungsebenen übergreifendes System der Kassenärztlichen Vereinigungen nötig. Ohne sie würden sich erhebliche Nachteile einstellen. Darauf hat KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller am Wochenende vor dem Vorstand des Berufsverbands Deutscher Internisten hingewiesen. Wie er weiter sagte, würde im Fall von Selektivverträgen die freie Arztwahl weitgehend entfallen. Des Weiteren sei eine sichere und gerechte Versorgung nicht garantiert, ebenso wenig einheitliche Qualitätsstandards. Außerdem könnten die Ärzte in Selektivverträgen nicht mehr alle gesetzlich Versicherten behandeln. Nach seinen Worten wolle die KBV Selektivverträge nur in Form von Add-on-Verträgen als Suchmodell für eine Verbesserung der Versorgung abschließen. Als Maßnahme gegen den Ärztemangel bewertete Müller die vom Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) vorgeschlagenen Veränderungen der Zulassungsbedingungen zum Medizinstudium als einen richtigen Schritt. Nötig sei jedoch auch die Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin und den fachärztlichen Gebieten. Außerdem müsse die Attraktivität des Arztberufs erhöht werden. Deshalb sprach sich Müller sowohl für eine leistungsgerechte Vergütung und die Abbildung des Leistungsspektrums in der Vergütung aus als auch für die Abschaffung von Regressen, den Abbau der Bürokratie und die Stärkung der Freiberuflichkeit. (facharzt.de, 11. April)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 / 4005 – 2207
Fax: 030 / 4005 – 27 2203
E-Mail: fknoeppke@kbv.de, agraumann@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>